

Martin Gatzemeier zu Tagesordnungspunkt 1 der Ratssitzung am 25.02.2016

Wir unterstützen die Forderung, dass sich die Mandatsträger der AfD von der unsäglichen Aussage ihrer Parteivorsitzenden distanzieren. Damit stellen sich Menschen außerhalb unserer Rechtsordnung. Statements, auf Menschen in Not schießen zu wollen, sind zynisch und menschenverachtend. Aber wir möchten auch darauf hinweisen, dass sich an der katastrophalen Flüchtlingspolitik, die Deutschland und Europa gerade betreiben, nichts geändert hat. Wir haben es mit einer Militarisierung an den europäischen Außengrenzen zu tun durch Frontex und Euro-Sur. Seit 2015 sind 4.000 Menschen im Mittelmeer ertrunken und das sind nur die offiziellen Zahlen. So etwas sollte eigentlich nach Lampedusa nie wieder passieren. Aber derartige Befeuerungen verkommen zu zynischen Worthülsen, wenn man nicht Taten folgen lässt, sondern sich in Abschottungspolitik ergeht. Die derzeitige Flüchtlings- und Asylpolitik der großen Koalition wird gerade auch von Amnesty International heftig kritisiert. Solange also solche Dinge möglich sind, unterscheidet sich deutsche Politik qualitativ nicht wesentlich von rechten Brandstiftern. Der Unterschied, an einer deutschen Grenze erschossen zu werden oder vor der europäischen Außengrenze zu ertrinken dürfte für die betroffenen Menschen marginal sein. Insofern fordern wir die Mandatsträger der AfD auf, sich von den Äußerungen ihrer Parteivorsitzenden zu distanzieren, wir fordern aber auch gleichzeitig von der Bundesregierung eine Änderung ihrer Asyl- und Flüchtlingspolitik.

Es gilt das gesprochene Wort. Gelsenkirchen, den 25.02.2016